



Auto, Zug oder Flugzeug?

Urlaubszeit. Welches Verkehrsmittel für welche Strecken geeignet ist, haben Experten in einer aktuellen Studie eruiert und CO₂-Emissionen, Kosten und Reisedauer analysiert

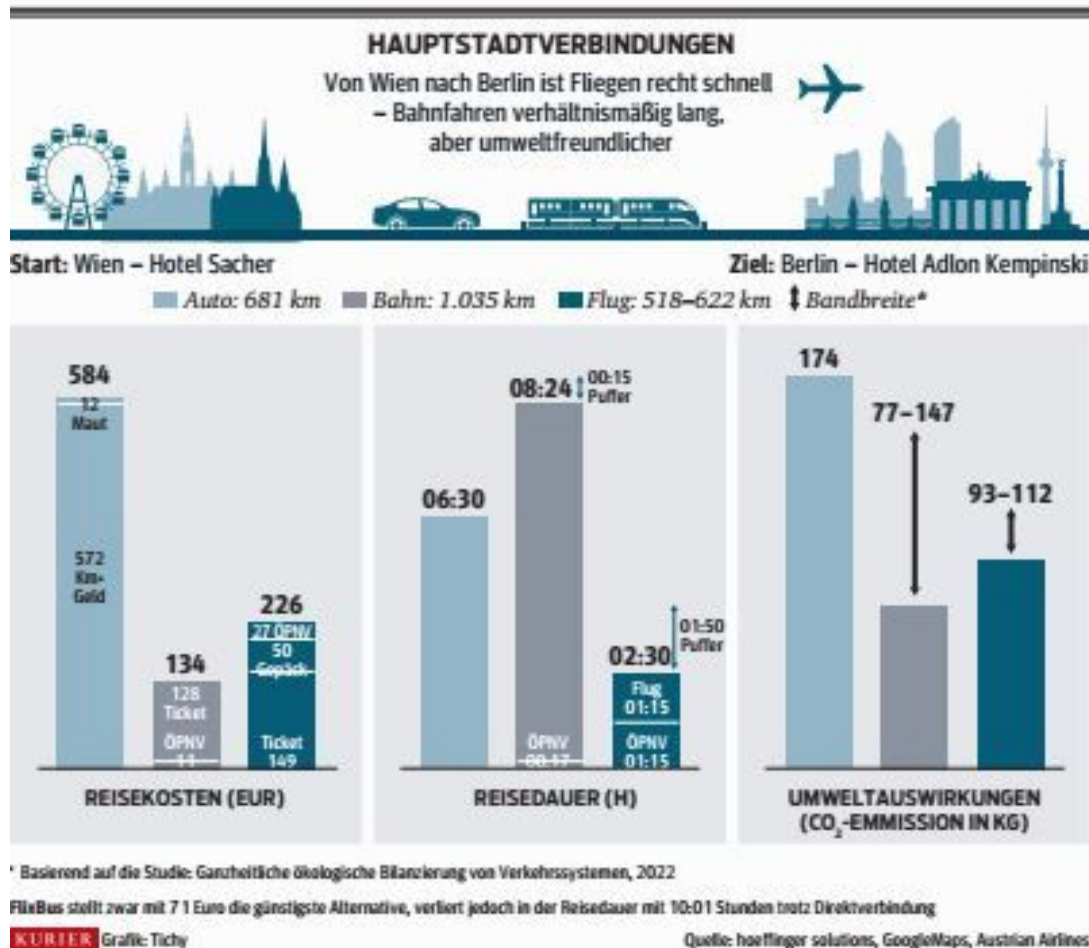
VON THOMAS PRESSBERGER

Mit der Bahn, mit dem Auto, oder doch mit dem Flugzeug verreisen? Gerade in Zeiten des Klimawandels und hoher Spritpreise ist die Frage relevant wie kaum zuvor. Die aktuelle Studie „Die Zukunft der Mobilität – weg von der Ideologie, hin zum Kundennutzen“ vom Strategieberatungsunternehmen Höffinger-Solutions birgt einige Überraschungen, wenn es darum geht, wann welches Verkehrsmittel am günstigsten, am schnellsten oder am umweltfreundlichsten ist. Und dabei geht es nicht nur um die Länge der Strecke.

Die Studienautoren Stefan Höffinger und Tabea Wieckhorst haben sich mehrere Reiserouten angeschaut und die Kosten, Reisedauer und CO₂-Emissionen der einzelnen Verkehrsmittel berechnet. Reist eine Person alleine von Wien nach Berlin, ist das Auto wegen hoher Kosten, relativ langer Reisedauer und sehr schlechten Umweltauswirkungen die schlechteste Wahl (siehe Grafik).

Der Zug ist preislich und umwelttechnisch der klare Gewinner, nur bei der Fahrzeit schmiert er ab. Wie wichtig es ist, dass man mit dem Auto wenn möglich nicht alleine fährt, zeigt ein anderes Szenario, nämlich wenn eine vierköpfige Familie mit dem Auto nach Berlin fährt. In dem Fall sinken die Reisekosten und CO₂-Emissionen pro Kopf auf ein Viertel, womit das Auto im Vergleich zum Zug und Flugzeug wieder im Rennen ist.

Bei einer Reise nach Zürich sieht die Sache ganz anders aus, einer der Gründe sind die Berge. Auto- und Zugreisende sind mit sieben beziehungsweise acht Stunden auf der 590 Kilometer



langen Strecke relativ lange unterwegs. Das Flugzeug hängt sie mit einer reinen Flugzeit von zwei Stunden und 15 Minuten deutlich ab und kann auch preislich gut mithalten.

Viele Faktoren

Bei einer Reise von Wien nach Graz sind die Vorzeichen erneut anders. Erstmals braucht man mit dem Flieger länger als mit dem Auto und dem Zug, wenn man bedenkt, dass man früher am Flughafen sein, einchecken und auf das Gepäck warten muss. Auch preislich und bei den CO₂-Emissionen ist im Flieger nicht mehr viel zu gewinnen. Ein Flug nach Salz-

burg rechnet sich überhaupt nicht mehr, weil man über Frankfurt fliegen müsste, da es keinen Direktflug von Wien aus mehr gibt.

Es zeigt sich also, dass verschiedenste Einflussfaktoren auf den einzelnen Strecken das eine oder andere Verkehrsmittel begünstigen. „Fliegen ist und bleibt oftmals die schnellste Verbindung und ist auf der Mittelstrecke über rund 1.000 Kilometer kaum zu schlagen“, sagt Höffinger. Allerdings müsse man auf Extrakosten, wie fürs Gepäck, aufpassen. Bei der Autofahrt können durch Maut versteckte Kosten entstehen, die Bahn besticht als „Mittelfeldspieler“

hinsichtlich Kosten und Zeit. Die Entscheidung für das einzelne Verkehrsmittel ist also individuell. „Sie hängt von den persönlichen Präferenzen, von der Anbindung, der Zahl der Mitreisenden sowie der Gepäckstücke ab und ob man Zeit oder Kosten minimieren will“, sagt Wieckhorst. Ein Vergleich aller Möglichkeiten und vor allem eine frühe Buchung würden sich meist lohnen.

Zeit besser nutzen

Je länger die Strecke ist, desto mehr spielt das Flugzeug seine Vorteile mit der Geschwindigkeit aus, Nachtzüge können aber bis zu einer gewissen Distanz als interes-

sante Alternative dienen. Ist ein Urlaub mit mehreren Personen und Gepäck geplant, liegt oft nahe, mit dem Auto zu fahren. Eine Empfehlung für ein Verkehrsmittel will Höffinger jedoch nicht aussprechen, ein kompetitives Angebot verschiedener Verkehrsmodi in einem funktionierenden Markt könne jedoch die Kundenpräferenzen am besten bedienen.

Eine effiziente Nutzung der Zeit gewinnt laut Höffinger beim Reisen immer mehr an Bedeutung. Die Fahrzeit im Zug wird zunehmend von vielen Menschen auch als Arbeitszeit oder einfach zum Lesen eines Buches und zum Entspannen genutzt.

EU-Kommission rechnet dieses Jahr noch mit Rekordinflation

Sommerprognose. Der Krieg in der Ukraine belastet die EU-Wirtschaft und damit Österreich. Die EU-Kommission hat ihre Wirtschaftsaussichten nach unten revidiert und sieht in den EU-Ländern weniger Wachstum und eine höhere Inflation als noch im Mai. Die Teuerung in Österreich dürfte demnach 2022 bei durchschnittlich 7,4 Prozent liegen und sich 2023 nur auf 4,4 Prozent abschwächen.

In ihrer Mai-Prognose ging die Behörde für 2022 noch von einer Inflation in Österreich von 6,0 Prozent aus und rechnete für 2023 mit einem Rückgang auf 3,0 Prozent. Die EZB strebt eine Inflationsrate von 2 Prozent an.

„Viele der negativen Risiken im Zusammenhang mit der Frühjahrsprognose sind eingetreten. Russlands Invasion in der Ukraine hat zusätzlichen Aufwärtsdruck auf die Energie- und Nahrungsmittelrohstoffpreise ausgeübt“, schreibt die Kommission in ihrer Sommer-Prognose.

Auch für den Euroraum und die EU insgesamt hat die Kommission ihre Inflationsaussichten gegenüber der Frühjahrsprognose deutlich nach oben revidiert. Die Inflation im Euro-Währungsgebiet werde voraussichtlich mit 8,4 Prozent im Jahresvergleich ihren Höhepunkt im dritten Quartal 2022 erreichen und von dort stetig zurückgehen.

Euro unter Dollarparität

Die europäische Gemeinschaftswährung hat ihre Tal-fahrt am Donnerstag nach überraschend starken US-Inflationsdaten weiter fortgesetzt. Am Nachmittag rutschte der Euro deutlich unter die Dollar-Parität auf einen Wert von zeitweise 0,9954 US-Dollar. Bereits am Mittwoch war die Gemeinschaftswährung erstmals seit 2002 weniger als ein Dollar wert.

Bald vor Gericht: Heikle Causa in Sozialversicherung

Brunnering wirft Posten hin und klagt

Dachverband. Nach der Suspendierung des Büroleiters des Dachverbands der Sozialversicherungsträger, Martin Brunnering, ist dieser zurückgetreten und hat sein Dienstverhältnis mit sofortiger Wirkung beendet. Seine Anwältin bereitet jetzt eine Klage auf Auszahlung des Dienstvertrags vor, der bis 30. Juni 2023 gelaufen wäre.

Der Hintergrund der Causa hat es in sich: Brunnering, der noch unter Türkis-Blau auf einem FPÖ-Ticket in den Dachverband kam, sich aber als politisch unabhängiger Experte sieht, wurde vorgeworfen, Geld verspekuliert zu haben. Dabei ging es um Fondsveranla-

gungen und dortige Kursverluste in Millionenhöhe, die freilich nur auf dem Papier entstanden waren, aber nicht realisiert wurden. Aus dem Dachverband heißt es jetzt, es sei in der Tat kein Schaden eingetreten.

Dann wurde Brunnering in einem zweiten Schritt vorgeworfen, bei der Veranlagung die Geschäftsordnung nicht eingehalten zu haben. Auch das bestreitet Brunnering vehement. Insider vermuten eine Intrige gegen den Manager. Neos-Sozialsprecher Gerald Loacker sagt: „Weil Brunnering keinem Netzwerk angehört, gilt er dort als Fremdkörper.“

MICHAEL BACHNER

Streiks in deutschen Häfen legen Lieferketten lahm

Geplanter Stillstand für 48 Stunden

Tarifstreit. Im Konflikt um die Entlohnung der Hafenarbeiter in Deutschland haben Donnerstagfrüh in allen wichtigen Nordseehäfen erneut Warnstreiks der Gewerkschaft Verdi begonnen. Sie sollen bis Samstagfrüh um 6 Uhr andauern. Damit droht Deutschlands größten Seehäfen abermals Stillstand – diesmal sogar für 48 Stunden. Die Streiks sollen laut Verdi neben dem mit Abstand größten deutschen Seehafen Hamburg auch Emden, Wilhelmshaven und Brake betreffen. Die Auswirkungen auf die Abfertigung der Container- und Frachtschiffe dürften erheblich sein und das Be- und Entla-



Lieferkettenprobleme verschärfen sich weiter

den der Schiffe weitgehend zum Erliegen bringen. Damit verschärft sich die angespannte Lage.

Der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe nannte den Streikaufruf angesichts der zulasten von Verbrauchern und Unternehmen gestörten Lieferketten „unverantwortlich“.

Spar klagt Verein gegen Tierfabriken auf Unterlassung

Er habe falsche Behauptungen aufgestellt

Schweinefleisch. Seit Ende Juni hat der Verein gegen Tierfabriken (VGT) bereits zehn Mal vor Spar-Märkten und -Zentralen protestiert, um die Supermarktkette vom Verkauf von Schweinefleisch aus Vollspaltenboden-Haltung abzubringen. Es wurde jedoch nicht vor den Filialen anderer Lebensmittelhändler demonstriert, weshalb Spar nun mit einem Streitwert von 62.500 Euro klagt.

„Der VGT behauptet wiederholt, Spar würde Verbesserungen für das Tierwohl bewusst verhindern.“ Diese Anschuldigung weist Spar zurück, man sei sogar der österreichweit größte Abnehmer von Schweinen aus heimi-

scher Landwirtschaft ohne Vollspaltenboden. Außerdem sei das Logo beim Protest „verunstaltet“ worden.

VGT-Obmann Marin Balluch zeigt sich „erschüttert“ über die Klage. Die Vorwürfe seien nicht überzeugend und dass das Spar-Logo als Persiflage gedient habe, sei eindeutig. Nach Einschätzung der VGT-Anwältin Maria Windhager handle es sich um eine Einschüchterungsklage. Im Falle eines Schiedsspruchs könnten zudem „existenzgefährdende Schadenersatzklagen“ folgen, so Balluch.

Eine erste Entscheidung im Prozess vor dem Handelsgericht Wien könnte schon im Sommer fallen.